



Schwulenberatung Berlin gemeinnützige GmbH

Berlin

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2024 bis zum 31.12.2024

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft

1. Grundlagen der Gesellschaft

Die Schwulenberatung Berlin gemeinnützige GmbH (Schwulenberatung Berlin) wurde im Jahr 2007 gegründet und hat ihren Sitz in Berlin.

Die Beratung und Betreuung Hilfsbedürftiger war, ist und bleibt eine wichtige soziale Aufgabe und Herausforderung für unsere Gesellschaft. In Berlin leistet die Schwulenberatung Berlin auf der Grundlage ihrer Satzung zur Erfüllung der genannten Aufgabe einen entscheidenden Beitrag, wobei die Anforderungen der politischen Verantwortungsträger ebenso von Jahr zu Jahr wachsen wie die Erwartungen betroffener Bürger.

Die Schwulenberatung Berlin hat den mildtätigen Zweck, Hilfsbedürftige im Sinne von § 53 Nr. 1 der AO durch Beratung und Hilfe zur Selbsthilfe bei der Bewältigung ihrer psychosozialen Probleme zu unterstützen. Dies gilt insbesondere für Hilfsbedürftige, die aufgrund ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes auf die Hilfe anderer bei der Bewältigung ihrer besonderen Probleme angewiesen sind.

Zu den Zweckbetrieben gehören betreute Wohneinrichtungen sowie zuwendungsfinanzierte Beratungsstellen, Bildungsprojekte, Qualifizierung und Präventionsarbeit in Bezug auf HIV, Aids und andere Infektionskrankheiten.

Der Hauptsitz der Schwulenberatung Berlin befindet sich in Charlottenburg-Wilmersdorf mit Büro- und Beratungsräumen. Daneben unterhielt die Gesellschaft im Jahr 2024:

- a) Betreuungsstandorte mit betreuten Wohngemeinschaften in Schöneberg und Prenzlauer Berg,
- b) einen Standort mit vier betreuten Wohngemeinschaften, Büroräumen und einem Beschäftigungsprojekt in Friedrichshain, nahe dem Ostkreuz,
- c) einen Betreuungsstandort mit zwei betreuten Wohngemeinschaften in Neukölln,
- d) den Standort Wilhelmstraße 115, wo sich eine Beschäftigungstagesstätte, sowie Beratungs- und Büroräume befinden,
- e) ein Beratungs- und Testprojekt am Hermannplatz in Neukölln sowie
- f) den Standort am Südkreuz in Schöneberg mit Wohnungen, einer Pflege-Wohngemeinschaft, zwei therapeutischen Wohngemeinschaften, zwei Kindertagesstätten und Büroräumen.

Die Rechtsgrundlagen für die von uns zu erbringenden Leistungen sind § 78 Sozialgesetzbuch i.V. mit § 113 SGB IX sowie Zuwendungsverträge mit dem Land Berlin, ein Entgeltvertrag für die Flüchtlingsunterkunft mit dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheit Berlin. Weitere Verträge bestehen mit dem Verband der Privaten Krankenversicherung e.V. sowie mit unterschiedlichen Vereinen und Stiftungen, zum Beispiel Aktion Mensch e.V. und Skala-Initiative. Für alle zu erbringenden Leistungen liegen Vergütungsvereinbarungen vor, für die Zuwendungen Bewilligungsbescheide.

2. Entwicklungen in den Leistungsbereichen

Die Betreuung der Klient*innen und die Beratungen fanden sowohl persönlich als auch telefonisch oder manchmal auf Wunsch auch per Zoom statt. Es lässt sich insgesamt eine Steigerung der Nachfrage feststellen.

Die Nachfrage im Bereich Betreutes Wohnen für Menschen mit psychischen, geistigen oder körperlichen Beeinträchtigungen hat auch 2024 zugenommen und ist nach wie vor beträchtlich. So wurden Ende des Jahres 430 Klient*innen betreut. Hierbei ist festzustellen, dass die Schwulenberatung Berlin den notwendigen Betreuungswohnraum zur Verfügung stellen kann.

Die 19 Plätze der Beschäftigungstagesstätte (BTS) sind gut belegt. Der neue Standort bietet ausreichend gute Möglichkeiten, eine große Küche, sowie drei weitere Beschäftigungsräume und einen Gartenanteil.



Im Zuwendungsprojekt sidekicks.berlin (vormals manCheck) haben sich durch die Veränderung der Zielgruppe auch die Aufgaben verändert. Die Zielgruppe ist diverser geworden. Neben schwule- und bisexuelle Männer treten auch Trans-Menschen und heterosexuelle Menschen. Die geänderte Zielgruppe wird mit einem geänderten Konzept angesprochen. So werden mehr spezifische Workshops zum Thema sexuelle Gesundheit angeboten.

Das Projekt (housing first) für obdachlose, queere Menschen hat zum Jahresende für 17 Betroffene eine eigene Wohnung finden können.

Insgesamt konnten die Einnahmen im Bereich der Zweckbetriebe im Verhältnis zum Vorjahr gesteigert werden.

Die Zuwendungen stiegen um 615 TEUR auf 4.808 TEUR.

Der neue Standort konnte erst vollständig zum Jahresanfang bezogen werden. Neben Wohnungen und Büros befinden sich hier auch die therapeutischen Wohngemeinschaften und eine Pflege WG.

Die TWG für lesbische Frauen war anfangs nicht voll belegt. Das Angebot wurde aber über die bezirkliche Psychiatriekoordinierungsstelle und in der Öffentlichkeit beworben. Somit war eine Vollbelegung zum Jahresende möglich. Die TWG für junge queere Menschen ist voll belegt, hierfür gibt es inzwischen eine Warteliste.

Am neuen Standort befinden sich ebenfalls zwei Kitas. Die Kindertagesstätten mit insgesamt Platz für 93 Kinder waren noch nicht voll belegt. Es gibt eine Warteliste mit überwiegend Kindern, die unter zwei Jahre alt sind. Für die angestrebte Altersdurchmischung können allerdings nicht alle Kinder der Warteliste aufgenommen werden. Um die Arbeit im Kinder- und Jugendbereich zu stärken, wurde hierfür eine eigene Abteilung geschaffen. Ein Jugendbereich soll ab Ende 2025 aufgebaut werden. Hier sind extra Einnahmen aus betreuten Wohngemeinschaften und offenen Angeboten zu erwarten.

Für die Schwulenberatung Berlin entstanden mit dem neuen Standort weitere Büro- und Beratungsräume. Im Haus gibt es ebenfalls Räume für einen Gastronomiebetrieb. Die Gastronomieräume wurden extern vermietet.

3. Belegungs- und Angebotsentwicklung

Die Gesellschaft hat 430 Betreuungsplätze und verfügt über elf Wohnungen für betreute Wohngemeinschaften. Die durchschnittliche Hilfebedarfsgruppe hat sich leicht reduziert, da es aber keine fallzahlenmäßige Obergrenze gibt, können mehr Klient*innen betreut werden. Es melden sich nach wie vor viele Klient*innen mit der Bitte um Unterstützung an die Schwulenberatung Berlin.

Die Geschäftsentwicklung der Schwulenberatung Berlin war insgesamt positiv. Der ausgewiesene Jahresüberschuss beruht auf Erhöhungen der Kostensätze sowie der im Verhältnis zum Vorjahr höheren Vermietungserlösen aufgrund der fast vollständigen Vermietung der Wohnungen am Südkreuz.

4. Ertragslage

Die Ertragslage der Schwulenberatung Berlin hat sich im Geschäftsjahr 2024 insgesamt sehr positiv entwickelt.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresüberschuss von 1.843 TEUR abgeschlossen (Vorjahr Fehlbetrag: -255 TEUR), der in Höhe von 1.841 TEUR aus dem operativen Geschäft resultiert (Vorjahr: -256 TEUR).

Die Betreuungserlöse erhöhten sich auf den Betrag von 10.823 TEUR (Vorjahr: 7.581 TEUR). Die Zuwendungen erhöhten sich auf 4.809 TEUR (Vorjahr: 4.194 TEUR). Das Spendenvolumen hat sich auf 43 TEUR (Vorjahr: 29 TEUR) ebenfalls erhöht.

Die übrigen Umsatzerlöse (überwiegend aus Vermietung und sonstigen Zweckbetrieben) konnten auf 1.357 TEUR (Vorjahr: 779 TEUR) gesteigert werden.

Den Erlösen standen ein Personalaufwand von 11.448 TEUR (Vorjahr: 9.212 TEUR) sowie Aufwendungen für Material und Fremdleistungen von 939 TEUR (Vorjahr: 745 TEUR) gegenüber.

5. Finanzlage

Die Liquiditätslage unseres Unternehmens war im Berichtsjahr gut.

Die Gesellschaft verfügt im Berichtsjahr über eine solide Liquiditätsausstattung. Die kurzfristig verfügbaren Mittel betragen zum Abschluss des Berichtsjahres insgesamt 2.019 TEUR (Vorjahr: 1.666 TEUR).

Die Zahlungsfähigkeit der Schwulenberatung Berlin war jederzeit gewährleistet.

6. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Schwulenberatung Berlin hat sich im Geschäftsjahr 2024 sehr positiv entwickelt.

Das Anlagevermögen vergrößerte sich insbesondere durch das fertiggestellte Gebäude in Berlin-Schöneberg (Nähe Bahnhof Südkreuz) auf 23.700 TEUR (Vorjahr: 23.393 TEUR). Das Eigenkapital hat sich zum 31.12.2024 durch den Jahresüberschuss von 1.843 TEUR erhöht.

Im Geschäftsjahr erhöhten sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 1.376 TEUR auf 2.452 TEUR.

Die Kapitalstruktur ist durch einen Anteil vom Eigenkapital an der Bilanzsumme von 21,97 % (Vorjahr: 17,55 %) gekennzeichnet.

Die Bilanzsumme der Schwulenberatung Berlin belief sich zum Bilanzstichtag auf 29.960 TEUR. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr (26.999 TEUR) um 10,97 % erhöht.



7. Investitionen

Die Investitionen für den Neubau am Bahnhof Südkreuz sind größtenteils abgeschlossen.

Derzeit sind keine größeren Investitionen geplant.

8. Personal

Im Jahr 2024 wurden im Durchschnitt 82 Personen in Vollzeit und 154 Personen in Teilzeit beschäftigt. Insgesamt ist die Gesamtzahl der Beschäftigten im Verhältnis zum Vorjahr (207) auf 236 Mitarbeitenden gestiegen.

Trotz des schwierigen Stellenmarktes konnten die neu geschaffenen bzw. die zu besetzenden Stellen mit qualifizierten Fachkräften besetzt werden.

Die Aus- und Weiterbildung für Mitarbeiter sichert die fachliche Kompetenz des Personals.

9. Zusammenfassung

Zusammenfassend ist die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr 2024 positiv zu bewerten.

B. Prognosebericht und Risikoabschätzung

Voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken

In ihrer Planungsrechnung geht die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2025 von einer Steigerung der Betreuungs- und Mieterlöse sowie der öffentlichen Zuwendungen aus.

In den nächsten Jahren werden die Anpassungen im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes Einfluss auf die Leistungsbereiche haben. Die mit dem Land Berlin erzielte Vereinbarung über eine Erhöhung der Investitionspauschale für die Beschäftigungstagesstätte wird sich insgesamt positiv auswirken.

Durch die Erweiterung am Bahnhof Südkreuz (Lebensort Vielfalt) wurde weiterer Wohnraum geschaffen. Die Warteliste für die entstandenen Wohnungen ist nach wie vor sehr lang, die Nachfrage übersteigt das Angebot. Ebenso werden durch die Vollvermietung weitere Einnahmen ab 2025 erwartet. Da dann ebenfalls die zwei Kindertagesstätten mit 95 Kinder ausgelastet sein werden, sind auch hier höhere Einnahmen zu erwarten.

Die Einnahmen aus dem Betreuten Wohnen werden leicht steigen. Der Bedarf an Hilfe wird auch 2025 zunehmen, somit auch die Einnahmen in diesem Bereich. Bei öffentlichen Zuwendungen erwarten wir 2025 nur einen Anstieg bei den Personalkosten, um die Tarifsteigerungen auffangen zu können. Die allgemeine Steigerung der Personalkosten im öffentlichen Dienst des Landes Berlin wird auch bei den Zuwendungen Berücksichtigung finden.

Es gibt aber nach wie vor eine steigende Betreuungsnachfrage. Durch die Einbeziehung lesbischer Frauen in unsere Zielgruppe erwarten wir ebenfalls einen Anstieg der Betreuungsfälle.

Welche langfristigen Auswirkungen die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg und damit verbundene höhere öffentliche Ausgaben haben werden, ist noch nicht absehbar. Die Pandemie führte zu einer Verstärkung der psychischen Beeinträchtigungen. Das Thema LSBTI bzw. queer ist wesentlich präsenter in der Öffentlichkeit als vor zehn Jahren, damit einhergehend auch die Erkenntnis, dass die Zielgruppe teilweise spezielle, eigene Probleme hat und hierfür professionelle Hilfe benötigt. Die aktuellen Entwicklungen führen zu einer zunehmenden Unsicherheit bei der Zielgruppe. Die gesellschaftlichen Entwicklungen werden von uns ständig verfolgt, um eventuell notwendige Maßnahmen schnell ergreifen zu können. Es wird deshalb weiterhin auf eine Finanzierung aus unterschiedlichen Quellen gesetzt: öffentliche Zuwendungen, Entgelte für Leistungen nach den Sozialgesetzen und Mieterlöse.

Die Schwulenberatung Berlin gemeinnützige GmbH ist für die Realisierung ihrer strategischen Ziele auf qualifizierte Fach- und Führungskräfte angewiesen, so dass die Gewinnung neuer Mitarbeiter*innen bei zunehmenden Fachkräftemangel ein gewisses Risiko darstellt.

Das starke Wachstum der Aufgaben, der Anzahl der Mitarbeitenden und somit der gesamten Gesellschaft erfordert weitere Anpassungen, damit die Aufgaben auch in Zukunft erfüllt werden können.

Unterschrift der Geschäftsführung

Berlin

Unterschrift:

Marcel de Groot, Geschäftsführer

Bilanz

**Aktiva**

	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. Anlagevermögen	23.699.791,56	23.392.793,98
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	11.461,00	27.045,00
II. Sachanlagen	22.234.683,96	22.612.843,76
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	21.554.389,36	21.899.277,36
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	656.328,00	701.714,00
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	23.966,60	11.852,40
III. Finanzanlagen	1.453.646,60	752.905,22
1. Ausleihungen an Gesellschafter	1.230.396,60	529.655,22
2. Sonstige Finanzanlagen	223.250,00	223.250,00
B. Umlaufvermögen	6.202.047,11	3.587.724,80
I. Vorräte	1.557.939,89	590.895,68
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.624.635,67	1.331.010,21
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	109.052,08	108.766,68
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.019.471,55	1.665.818,91
C. Rechnungsabgrenzungsposten	57.734,52	18.101,29
Aktiva	29.959.573,19	26.998.620,07

Passiva

	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
A. Eigenkapital	6.581.636,21	4.738.778,44
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	100.000,00	100.000,00
III. Gewinnrücklagen	6.456.636,21	4.871.702,25
IV. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0,00	-257.923,81
davon Verlustvortrag	257.923,81	
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	6.375,00	8.243,00
C. Rückstellungen	550.659,30	571.184,79
D. Verbindlichkeiten	22.802.273,30	21.668.708,34
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.194.644,00	19.300.000,00
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	6.250,00	
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	19.188.394,00	19.300.000,00



	31.12.2024 EUR	31.12.2023 EUR
2. sonstige Verbindlichkeiten	3.607.629,30	2.368.708,34
davon mit Restlaufzeit bis zu einem Jahr	2.122.618,73	1.931.621,76
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	1.485.010,57	437.086,58
E. Rechnungsabgrenzungsposten	18.629,38	11.705,50
Passiva	29.959.573,19	26.998.620,07

Gewinn- und Verlustrechnung

	1.1.2024 - 31.12.2024 EUR	1.1.2023 - 31.12.2023 EUR
1. Rohergebnis	17.721.756,54	12.589.213,44
2. Personalaufwand	11.448.077,16	9.212.350,99
a) Löhne und Gehälter	9.419.820,68	7.584.693,09
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.028.256,48	1.627.657,90
davon für Altersversorgung	3.316,80	3.406,80
3. Abschreibungen	802.354,61	555.957,50
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	800.658,39	555.957,50
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	1.696,22	
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.400.626,62	2.848.101,65
5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.800,80	744,86
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	229.464,39	228.213,94
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	176,79	-1,91
8. Ergebnis nach Steuern	1.842.857,77	-254.663,87
9. sonstige Steuern		8,00
10. Jahresüberschuss	1.842.857,77	-254.671,87
11. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	257.923,81	
12. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	257.923,81	425.221,40
a) aus anderen Gewinnrücklagen	257.923,81	425.221,40
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen	1.842.857,77	425.221,40
a) in andere Gewinnrücklagen	1.842.857,77	425.221,40
14. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	0,00	-254.671,87



Anhang für das Geschäftsjahr 2024

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Schwulenberatung Berlin gemeinnützige GmbH mit Sitz in Berlin wird im Handelsregister beim Amtsgericht Berlin (Charlottenburg) unter der Register-Nr. HRB 110342B geführt.

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften der §§ 242 ff. HGB unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für mittelgroße Kapitalgesellschaften aufgestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) gegliedert.

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses wurde von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen. Ein Wechsel von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

Erworbene Software wurde zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterlagen, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

In die Herstellungskosten wurden neben den unmittelbar zurechenbaren Kosten auch notwendige Gemeinkosten einbezogen.

Die Herstellungskosten beinhalten bis zum Kalenderjahr 2020 auch Zinsen für Fremdkapital, soweit dieses der Finanzierung des Herstellungsvorgangs dient.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen.

Grundlage für die Abschreibungsdauer sind die amtlichen AfA-Tabellen für allgemein verwendbare Anlagegüter.

Anlagegüter mit einem Anschaffungspreis von bis zu 250,00 Euro wurden im Jahr der Anschaffung in voller Höhe aufwandswirksam berücksichtigt. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Anschaffungspreis über 250,00 Euro bis 800,00 Euro wurden im Jahr der Anschaffung aktiviert und sofort abgeschrieben.

Unter den Finanzanlagen wurden Beteiligungen zu Anschaffungskosten und Ausleihungen zum Nennwert angesetzt und bewertet.

Die Vorräte wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt.

Forderungen wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken durch den Ansatz von Wertberichtigungen bewertet.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle ungewissen Verbindlichkeiten und erkennbare Risiken gebildet.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Angaben zur Bilanz

Anlagespiegel für die einzelnen Posten des Anlagevermögens

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem Anlagespiegel zu entnehmen, Mit den Zugängen bei den Grundstücken und Gebäuden sind Investitionszuschüsse von insgesamt 1.086 TEUR (Vorjahr 1.839 TEUR) sowie ein Tilgungszuschuss in Höhe von 105 TEUR -insgesamt 2.926 TEUR- verrechnet worden.

	Anschaffungs-, Herstellungskosten 01.01.2024 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR
Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	117.627,83	0,00	0,00



	Anschaffungs-, Herstellungskosten 01.01.2024 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR		
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	117.627,83	0,00	0,00		
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	22.180.260,26	-1.083.073,52	0,00		
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.266.216,82	205.291,83	0,00		
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	11.852,40	1.284.696,28	0,00		
Summe Sachanlagen	24.458.329,48	406.914,59	0,00		
III. Finanzanlagen					
1. Ausleihungen an Gesellschafter	529.655,22	700.741,38	0,00		
2. Genossenschaftsanteile	223.250,00	0,00	0,00		
Summe Finanzanlagen	752.905,22	700.741,38	0,00		
Summe Anlagevermögen	25.328.862,53	1.107.655,97	0,00		
		Umbuchungen EUR	Anschaffungs-, Herstellungs- kosten 31.12.2024 EUR		
Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		0,00	117.627,83		
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände		0,00	117.627,83		
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		1.272.582,08	22.369.768,82		
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		0,00	2.471.508,65		
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		-1.272.582,08	23.966,60		
Summe Sachanlagen		0,00	24.865.244,07		
III. Finanzanlagen					
1. Ausleihungen an Gesellschafter		0,00	1.230.396,60		
2. Genossenschaftsanteile		0,00	223.250,00		
Summe Finanzanlagen		0,00	1.453.646,60		
Summe Anlagevermögen		0,00	26.436.518,50		
	kumulierte Abschreibung 01.01.2024 EUR	Abschreibung Geschäftsjahr EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	kumulierte Abschreibung 31.12.2024 EUR
Anlagevermögen					



	kumulierte Abschreibung 01.01.2024 EUR	Abschreibung Geschäftsjahr EUR	Abgänge EUR	Umbuchungen EUR	kumulierte Abschreibung 31.12.2024 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	90.582,83	15.584,00	0,00	0,00	106.166,83
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände	90.582,83	15.584,00	0,00	0,00	106.166,83
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	280.982,90	534.396,56	0,00	0,00	815.379,46
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.564.502,82	250.677,83	0,00	0,00	1.815.180,65
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Sachanlagen	1.845.485,72	785.074,39	0,00	0,00	2.630.560,11
III. Finanzanlagen					
1. Ausleihungen an Gesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Genossenschaftsanteile	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Anlagevermögen	1.936.068,55	800.658,39	0,00	0,00	2.736.726,94
		Zuschreibung Geschäftsjahr EUR	Buchwert Geschäftsjahr 31.12.2024 EUR	Buchwert Vorjahr 31.12.2023 EUR	
Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		0,00	11.461,00	27.045,00	
Summe Immaterielle Vermögensgegenstände		0,00	11.461,00	27.045,00	
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		0,00	21.554.389,36	21.899.277,36	
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		0,00	656.328,00	701.714,00	
3. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		0,00	23.966,60	11.852,40	
Summe Sachanlagen		0,00	22.234.683,96	22.612.843,76	
III. Finanzanlagen					



	Zuschreibung Geschäftsjahr EUR	Buchwert Geschäftsjahr 31.12.2024 EUR	Buchwert Vorjahr 31.12.2023 EUR
1. Ausleihungen an Gesellschafter	0,00	1.230.396,60	529.655,22
2. Genossenschaftsanteile	0,00	223.250,00	223.250,00
Summe Finanzanlagen	0,00	1.453.646,60	752.905,22
Summe Anlagevermögen	0,00	23.699.791,56	23.392.793,98

Forderungen

Der Betrag der Forderungen mit einer Restlaufzeit mehr als ein Jahr beträgt 0 TEUR (Vorjahr: 0 TEUR) und der sonstigen Vermögensgegenstände 109 TEUR (Vorjahr: 109 TEUR).

Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen

Der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen beinhaltet zweckentsprechend verwendete Fördermittel zur Finanzierung von Anlagevermögen.

Rückstellungen

Für Abrechnungsrisiken wurden 301 TEUR (Vorjahr 326 TEUR) und für Urlaubsansprüche der Mitarbeiter sowie sonstige Personalkosten wurden 203 TEUR (Vorjahr 212 TEUR) zurückgestellt.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

	Gesamtbetrag	davon mit einer Restlaufzeit		
	TEUR	bis 1 J. TEUR	1 bis 5 J. TEUR	größer 5 J. TEUR
gegenüber Kreditinstituten	19.194,6	6,2	2.285,7	16.902,7
erhaltene Anzahlungen	560,5	560,5	0,0	0,0
aus Lieferungen und Leistungen	140,0	140,0	0,0	0,0
sonstige Verbindlichkeiten	2.907,1	1.422,1	102,4	1.382,6
Summe	22.802,2	2.128,8	2.388,1	18.285,3

Haftungsverhältnisse

Es besteht eine Bürgschaft zu Gunsten des Gesellschafters für dessen Grundsuld in Höhe von 2.258 TEUR. Mit einer Inanspruchnahme aus dem Haftungsverhältnis ist derzeit nicht zu rechnen, da das verbürgte Darlehen des Gesellschafters dinglich gesichert ist und durch den Schuldner planmäßig zurückgezahlt wird.

Neben den zum Stichtag ausgewiesenen Ausleihungen an den Gesellschafter wurde ein weiteres Darlehen über 800 TEUR vereinbart. Dieses Darlehen wurde bis zum Bilanzstichtag nicht noch abgerufen.

Darüber hinaus bestehen nachfolgende sonstige Verpflichtungen:

Sonstige finanzielle Verpflichtungen	bis 1 Jahr	2 bis 5 Jahre	Beträge in TEUR > 5 Jahre
aus Mietverträgen	1.004	3.780	6.462
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	236	946	296

Die laufenden Mietzahlungen erfolgen pünktlich und vollständig.



Mit Kaufvertrag vom 29.08.2019 wurde ein Grundstück in Berlin-Schöneberg erworben. Im Kaufvertrag ist eine Bebauungsverpflichtung vereinbart, für die Kosten von ca. 22.422 TEUR veranschlagt werden. Die Fertigstellung erfolgte Mitte 2023. Zum Abschlussstichtag fehlten für einige Gewerke die Schlussrechnungen.

Die Finanzierung der Baukosten erfolgt neben dem Einsatz von Eigenmitteln mit Kreditmitteln über 19.300 TEUR. Die Kredite im Zusammenhang mit dem Grundstückskaufvertrag und der Bebauungsverpflichtung sind im Rahmen einer Gesamtbuchgrundschild in Höhe von 17.920 TEUR dinglich gesichert.

Für die Absicherung der Ansprüche aus Mietverhältnissen im Rahmen der Kautionsvereinbarungen sowie die Absicherung weiterer Ansprüche aus dem o.g. Grundstückskaufvertrag aus dem Jahr 2019 wurden nachfolgende Kreditverträge für Avalkredite abgeschlossen:

		31.12.2024	Beträge in TEUR 31.12.2023
Avalkredite zur Absicherung der Ansprüche aus			
Mietverhältnis (Kautionsvereinbarung)	2017	36	36
Mietverhältnis (Kautionsvereinbarung)	2019	41	41
Grundstückskaufverträge	2019	760	760
Bauhandwerkersicherheitsleistung	2020	250	1.700
Summe		1.087	2.537

Sonstige Angaben

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer

Die nachfolgenden Arbeitnehmergruppen waren während des Geschäftsjahres im Unternehmen beschäftigt:

Arbeitnehmergruppen	Zahl
Arbeiter	0,00
Angestellte	234,83
leitende Angestellte	1,00
Die Gesamtzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer beträgt damit	235,83
vollzeitbeschäftigte Mitarbeiter	82,08
teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter	153,75

Geschäftsführung

Geschäftsführer des Unternehmens ist Herr Marcel de Groot (Master of Social Work).

Gewinnverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung stellt entsprechend des Vorratsbeschlusses der Gesellschafterversammlung den Jahresüberschuss in Höhe von 1.843 TEUR in die Gewinnrücklagen ein.



sonstige Berichtsbestandteile

Berlin, den 04.11.2025

gez. Marcel de Groot, Geschäftsführer

Angaben zur Feststellung:

Der Jahresabschluss wurde am 26.11.2025 festgestellt.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Schwulenberatung Berlin gemeinnützige GmbH, Berlin

Prüfungsurteile zum Jahresabschluss

Wir haben den Jahresabschluss der Schwulenberatung Berlin gemeinnützige GmbH, Berlin, - bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 sowie dem Anhang, einschließlich der dort dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31.12.2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der Gesellschafterin für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.



Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die Gesellschafterversammlung ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, den 04.11.2025

Martina Schmidt-Wirtschaftsprüfung GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Holger Schmidt, Wirtschaftsprüfer

Martina Schmidt, Wirtschaftsprüferin